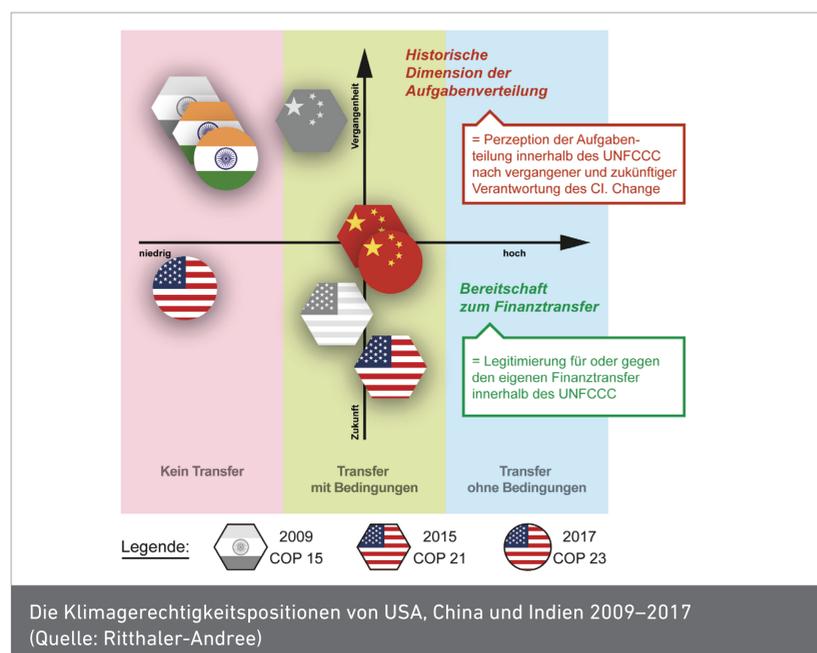


Klimagerechtigkeit und internationale Klimaschutzpolitik: Die Verhandlungspositionen von USA, China und Indien

Normative Aspekte geben Auskunft über Akteursverhalten innerhalb des Klimaregimes

Klimagerechtigkeit als Rechtfertigung

Die internationalen Klimaschutzverhandlungen bilden die Grundlage für eine weltweite Klimaschutzpolitik. Eine besondere Rolle kommt dabei den Staaten mit dem größten Emissionsausstoß – USA, China, Indien – zu: Ohne ihr Engagement kann das 2-Grad-Ziel nicht erreicht werden. Allerdings entspricht die Argumentation von China und Indien, weniger Verantwortung für den globalen CO₂-Haushalt zu haben und dadurch weniger Aufgaben innerhalb der UN-Klimarahmenkonventionen (UNFCCC) übernehmen zu müssen, keineswegs ihrem kontinuierlichen Emissionszuwachs. Als Begründung geben sie Gerechtigkeitsabwägungen an. Und auch die USA rechtfertigen ihre Haltung damit. Um Aussagen über das zukünftige Akteursverhalten innerhalb des Klimaregimes treffen zu können, muss die Klimagerechtigkeitsposition der Staaten analysiert werden.



Diese, so zeigt die Untersuchung, speist sich aus den Wahrnehmungen der Länder über historische Erfahrungen mit der Aufgabenteilung innerhalb des UNFCCC und aus ihrer Bereitschaft zum globalen Finanztransfer. Je nachdem, welche Werte und Pflichten die Staaten sich selbst und anderen zuschreiben, fällt die Verhandlungsposition aus. Auch die ihnen

entgegengebrachte Wertschätzung durch andere Akteure sowie der Handlungsspielraum der internationalen Organisation spielen eine Rolle. Sollte sich ein Akteur aufgrund der eigenen Klimagerechtigkeitsposition mit keinem der institutionellen Settings identifizieren können, kann es zur Abkehr von dem bestehenden Regime oder zur Neugründung eines anderen Regimes führen.

Varianz mit gleichzeitiger Konvergenz

Die Ergebnisse sind eindeutig: Die Klimagerechtigkeitsabwägungen von USA, China und Indien variieren zu bestimmten Zeitpunkten sehr stark, gleichzeitig ist aber über Zeit (1997– heute) auch eine steigende Konvergenz auszumachen. Der Blick auf die einzelnen Staaten zeigt, dass die Klimagerechtigkeitsposition seit der Klimakonferenz in Kopenhagen variant ist. Der Trend hin zu einem multilateralen, allerdings sehr unverbindlichen Regime, dann beginnender Aufweichung dessen in andere (eher bilaterale bzw. regionale) Regime wird sichtbar. So ist das Pariser Abkommen nach dem Scheitern der Klimagipfel zuvor absichtlich niederschwelliger angelegt (national verbindliche Emissionsziele, allerdings keinerlei Sanktionsmechanismen), als das Kyoto-Protokoll (ursprüngliches Ziel: international verbindliche Emissionsziele).



Ronja Ritthaler-Andree

Ronja Ritthaler-Andree studierte Politische Wissenschaft und Germanistik an der Universität Heidelberg und der Universidad de Santiago de Compostela, Spanien. Mithilfe der DBU-Förderung forscht sie seit 2014 vor allem zu internationalem Klimaschutz und politischen Prozessen. Ihr Analysefokus liegt auf den Argumentations- und Rechtfertigungsstrukturen von USA, China und Indien hinsichtlich Klimagerechtigkeit und dem transdisziplinären Feld des Climate Engineering. Ziel des Promotionsprojektes ist es, die Verhandlungspositionen der drei Länder detailliert herauszuarbeiten und Aussagen darüber zu treffen, ob es zu einer verstärkten Teilnahme oder Nicht-Teilnahme am Klimaregime oder zur Herausbildung eines neuen Regimes kommt.